

Gedenkveranstaltung zum Novemberpogrom am 10. November 2025 in Neuss

Seit ich in Neuss wohne, das ist seit 1995, gibt es diese Gedenkveranstaltung zum 9. November 1938. Es gab sie sicherlich auch schon vorher. Das immer wieder kehrende „Nie wieder“, dass aussagen soll, dass die schrecklichen Vorgänge des Novemberpogroms 1938 sich nie wiederholen sollen.

Dieses „Nie wieder“ ist ein Mantra, dass wahrscheinlich in allen Reden, die in diesen Tagen in unserem Land aus diesem Anlass gehalten werden, auftaucht. Und ich unterstelle allen Rednerinnen und Rednern, dass sie dieses Bekenntnis sehr ernst meinen.

Das sogenannte Novemberpogrom 1938 war ein entsetzlicher vorläufiger Höhepunkt der gegen den jüdischen Bevölkerungsteil in Deutschland gerichteten staatlichen Politik, der als so benannter „berechtigter Volkszorn“ getarnt wurde. Sorgfältig vorbereitet von staatlichen Stellen und nationalsozialistischen Organisationen wurden Synagogen, jüdische Einrichtungen und Geschäfte und Firmen jüdischer Besitzer geplündert, verwüstet und in Brand gesetzt. Jüdische Menschen wurden überfallen, auf die Straßen gezerrt, gejagt, geschlagen, festgenommen und 400 von ihnen wurden ermordet oder in den Suizid getrieben.

Ab dem 9. November 1938 war eigentlich jedem klar, dass die völlige Ausplünderung und Entrechtung der Juden in Deutschland Ziel staatlicher und gesellschaftlicher Politik war. Jüdisches Leben war endgültig vogelfrei.

Und wo stehen wir heute ?

Staatliche Gewalt, rechtsstaatliche Justiz, wesentliche Teile von Politik, Medien und gesellschaftlichen Gruppen, die überwiegende Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen lehnt den Antisemitismus in jeder Form ab. Offen antisemitische Parteien haben keine Mehrheiten, Hassparolen gegen Juden werden verfolgt, antisemitische Demonstrationen werden verboten, Gewalt gegen jüdische Einrichtungen und Menschen wird mit aufwendigen Schutzmaßnahmen verhindert.

Meistens funktioniert dieser Schutz. Aber nicht immer.

Darum haben jüdische Menschen Angst in Deutschland. Angst davor, ihre Kippa zu tragen, Angst davor, in der Öffentlichkeit Hebräisch oder Jiddisch zu sprechen, Angst davor, den Davidstern sichtbar werden zu lassen.

Und diese Angst ist erst recht nach den Erfahrungen nach dem 7. Oktober 2023 verständlich. Der brutale Überfall der Hamas auf Israel an diesem Tag war auch für die in unserem Land lebenden Juden ein Wendepunkt.

Die entsetzlichen Bilder, die die Hamas-Terroristen in eitlem Stolz von ihren widerlichen Mordtaten selbst drehten und in die Welt setzten, waren noch nicht überall bekannt, da feierten in manchen Teilen von deutschen Städten propalästinensische und muslimische Kreise mit dem Verteilen von Süßigkeiten und Jubel das Massaker an Juden. Die letzten Terroristen waren gerade mit ihren Geiseln und den geschändeten Leichen auf dem Rückweg in den Gaza-Streifen, da mahnten friedensliebende Experten und Israelkritiker den überfallenen Staat Israel einseitig zur Mäßigung und zum Stillhalten.

Die Täter-Opfer-Umkehr erfolgte in manchen Kreisen blitzschnell. Trotz über 1.200 getöteten israelischen Opfern wurde Israel das Recht auf Selbstverteidigung verwehrt. Bevor die israelische Regierung überhaupt reagieren konnte, lief weltweit eine beispiellose Propagandamaschine an. Mit Israel verfeindete Staaten sahen die Verantwortung für den Hamas-Überfall allein bei Israel, Nicht-Regierungs-Organisationen äußerten sich augenblicklich pro-palästinensisch.

Auf jede Solidaritätskundgebung mit den israelischen Opfern und ihren Familien gab und gibt es mindestens doppelt so viele antiisraelische Demos. Diese, im Wesentlichen getragen von Muslimen und deutschem linken Antisemitismus, tarnen sich als „antikolonialistisch“ oder „antizionistisch“ oder „revolutionär“, waren aber in ihrer überwältigenden Mehrheit antisemitisch. Mitleid mit den Opfern der Hamas, Trauer um alle Toten, Forderungen nach Freilassung der 250 entführten Geiseln suchte man bei diesen Veranstaltungen vergeblich. Der Hinweis auf das größte Massaker an jüdischen Menschen nach der Shoa fehlt völlig.

Das passt zu den gerade veröffentlichten Umfragen des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR), nachdem 53% der Palästinenser angeben, es sei die richtige Entscheidung gewesen, Israel anzugreifen und 86% der Palästinenser bestreiten auch heute noch, dass die Hamas Gräueltaten an israelischen Zivilisten begangen hat. Was kann man da auf solchen Demonstrationen von Palästinensern und linken deutschen Antisemiten anderes erwarten.

In Deutschland hat es nach dem 7. Oktober 2023 zahlreiche beschämende Reaktionen gegeben. An deutschen Hochschulen wurden jüdische Studierende angegriffen und verprügelt, die Universitätsleitungen schwiegen zum Teil dazu oder reagierten unzureichend, Häuser, in denen jüdische Bewohner vermutet werden, werden mit dem Davidstern gekennzeichnet, im Umfeld der Neuköllner Kneipe „Bajzel“ werden Symbole der Hamas platziert, ergänzt mit der Parole „Make Zionists Afraid“. Jüdische Künstler werden um Ausstellungsmöglichkeiten gebracht, dürfen nicht auftreten. Veranstalter sind vorsichtig, denn einen Juden oder Israeli einzuladen bedeutet auf jeden Fall einen höheren Sicherheitsaufwand und die Gefahr von Gegendemonstrationen.

In der Politik kämpfen manche Parteien um eine faire Haltung zu Israel. Dabei ist die Behauptung, „Kritik an Israel ist in Deutschland verboten“ auch nach dauernder Wiederholung einfach falsch, ja böswillig. Die amtierende israelische Regierung macht es auch vielen Freunden dieses Staates nicht leicht. Das militärische und politische Vorgehen der Regierung Netanjahu muss man nicht richtig finden. Aber das Existenzrecht Israels und das Recht auf Selbstverteidigung des einzigen demokratischen Rechtsstaates im Nahen Osten kann nicht zur Disposition gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Haltung mancher Kreise der Partei „Die Linke“ zu kritisieren, da dort diese Grenzen mehr als einmal überschritten wurden. Wer als Parteigliederung mit Hamas-Sympathisanten feiert, wie in Berlin geschehen, oder immer wieder eine Großdemo mit zahlreichen Propalästinensischen Gruppen plant, wie Linken-Chefin Ines Schwerdtner oder wie Linken-Bundestagsabgeordnete Cansun Köktürk mit Palästinensertuch und „Palestine-T-Shirt“ in den Plenarsaal kommt, versucht seine Partei einseitig zu verorten. Wenn der Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke in der Berlin-Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung den Bürgermeister von Bat Yam, Tzivka Brot, als „Völkermörder“ beschimpft und gemeinsam mit drei Fraktionskollegen und einer Abgeordneten der Grünen zu Beginn der Rede des Gastes aus der Neuköllner Partnerstadt, den Saal verlässt, zeigt sich, dass keine Debatte, kein Dialog gewünscht wird. Ein solches Verhalten ist ein demokratisches Armutszeugnis.

Ich betone an dieser Stelle: Die hiesige Partei „Die Linke“ mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Roland Sperling, der deutlich an der Seite Israels steht, nehme ich von dieser Kritik ausdrücklich aus.

Antisemitismus gibt es in Deutschland an verschiedenen Stellen: in den Hochschulen, wie am Fließband, in Nadelstreifen, wie im Blaumann, in der Kultur und den NGOs, in Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, in kirchlichen Kreisen und Sportvereinen, in Nachbarschaften und Kegelclubs, von rechts und links und von Deutschen und Migranten. Wer sorgfältig hinhört, wird feststellen, dass in zahlreichen Kreisen, in denen man nicht damit gerechnet hat, antisemitische Klischees ganz selbstverständlich geäußert werden und zum Allgemeingut gehören.

Widersprechen Sie höflich, aber eindeutig, stellen Sie Falschaussagen richtig, fordern Sie den Sprechenden auf, sich zu erklären. Lassen Sie Lügen über Juden, über jüdisches Leben nicht im Raume stehen. Nutzen Sie die Freiheit der Meinungsäußerung, in die Debatte einzugreifen. Sie werden feststellen, dass Sie häufig mehr Unterstützung für Ihre Haltung bekommen, als Sie am Anfang erwartet haben. Machen Sie den Anfang, auch damit andere sich ermutigt fühlen, ebenfalls zu widersprechen.

Denn Antisemitismus betrifft nicht nur die Opfer, sondern verseucht auch die Gesellschaft, in der er möglich ist. Meine Heimat ist mir zu wichtig, um sie durch Antisemitismus und Antisemiten von innen heraus zerstören zu lassen.

Wenn Jüdinnen und Juden Angst haben, sich zu ihrem Jüdisch-Sein zu bekennen, hat mein Heimatland etwas Wesentliches verloren. Die Hoffnung auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Achtung der Menschenwürde.

Wer in diesem Land mit uns leben möchte, muss den Antisemitismus ächten. Wer dazu nicht bereit ist, muss akzeptieren, dass er nicht hier leben kann.

Wir werden uns in der Zukunft auf neue Formen des Gedenkens einstellen müssen. Nicht nur, weil die letzten hochbetagten Zeitzeugen bald nicht mehr unter uns leben, sondern auch, weil die Entwicklungen der letzten Jahre belegt haben, dass wir nicht bei allen mit den Mahnungen durchgedrungen sind. Lassen Sie uns gemeinsam überlegen, wie wir mehr Menschen erreichen und den Antisemitismus und Rassismus noch wirksamer bekämpfen können.

Ich danke Ihnen.

Dorothea Gravemann
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Neuss e.V.